



Gemeinde und Stadt





GStB

Neuaufstellung: So stärken wir den Katastrophenschutz in Rheinland-Pfalz

Aktuelle Gefährdungsszenarien – angefangen bei den zunehmenden Extremwetterereignissen im Zuge des Klimawandels bis hin zu den Auswirkungen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine – verdeutlichen die Rolle des Katastrophenschutzes für die Innere Sicherheit. Vor diesem Hintergrund hat die Landesregierung im Spätsommer 2022 angekündigt, den Katastrophenschutz in Rheinland-Pfalz neu auszurichten.

Im Wesentlichen besteht die Neuaufstellung aus einer Stärkung der Landesstrukturen, einer Stärkung der kommunalen Strukturen und einer Anpassung der rechtlichen Rahmenbedingungen. Das Ziel sind widerstandsfähige Strukturen auf allen Ebenen und eine effektive Vernetzung aller relevanten Akteure. Ministerpräsident Alexander Schweitzer und ich haben im September dieses Jahres den Regierungsentwurf für ein neues Landesbrand- und Katastrophenschutzgesetz vorgestellt. In diesen Gesetzentwurf sind sowohl die Ergebnisse der Enquete-Kommission des Landtags „Zukunftsstrategien zur Katastrophenvorsorge“ als auch die Expertise von Fachleuten, darunter die Brand- und Katastrophenschutzinspektoren der Landkreise und kreisfreien Städte, eingeflossen. Dieses Gesetz wird eine zentrale Säule in der Neuaufstellung des Katastrophenschutzes bilden und unterstreicht den Schwerpunkt, den die Landesregierung auf diesen Bereich legt.

Starke Landesstrukturen zur bestmöglichen Unterstützung der Kommunen

Dennoch werden auch die landeseigenen Strukturen gestärkt, um die Kommunen bestmöglich unterstützen zu können. Die Mittel im Brand-

und Katastrophenschutz erhöhen wir mit dem aktuell vorgestellten Haushaltsentwurf von rund 95 Millionen Euro im Doppelhaushalt 2023/2024 auf nunmehr rund 142 Millionen Euro im Doppelhaushalt 2025/2026. Das ist eine Steigerung auf das 1,5-fache.

Ich habe bereits im Januar 2023 neue, hochmodern ausgestattete Räumlichkeiten an der Feuerwehr- und Katastrophenschutzakademie des Landes Rheinland-Pfalz (LFKA) vorgestellt, die ab sofort für die Stabsarbeit im Ernstfall genutzt werden können. Neben dem technischen Equipment verfügt der Standort auch über die passende Infrastruktur für die Bewältigung lang andauernder Lagen.

Zudem wurden im August dieses Jahres zwei neue Polizeihubschrauber mit Winden und einem größeren Außenlöschbehälter zur Bekämpfung von Wald- und Vegetationsbränden vorgestellt, die zentrale Einsatzmittel für Polizei und Katastrophenschutz darstellen.

Schneller vor der Lage: Lagezentrum Bevölkerungsschutz
Ein weiterer Meilenstein auf dem Weg zur Neuaufstellung des rheinland-pfälzischen Katastrophenschut-

zes ist die Einrichtung eines 24/7-besetzten Lagezentrums für den Bevölkerungsschutz. Hier werden künftig alle landesweit relevanten Informationen zusammengetragen und ausgewertet, um im Fall der Fälle schnellstmöglich auf ein umfassendes Lagebild als Entscheidungs- und Handlungsgrundlage zurückgreifen zu können. Diese Form des Lagezentrums stellt bundesweit ein absolutes Novum für die Flächenländer dar und setzt damit neue Maßstäbe. Die Inbetriebnahme wird noch in diesem Jahr erfolgen.

Ein Landesamt für Brand- und Katastrophenschutz wird aufgebaut

Die neu ausgestatteten Räumlichkeiten zur Stabsarbeit in der LFKA und das geplante Lagezentrum Bevölkerungsschutz sind zwei wichtige Zwischenschritten auf dem Weg zur Errichtung eines Landesamtes für Brand- und Katastrophenschutz (LFBK). Dieses Landesamt wird die bestehenden Strukturen des Landes bündeln und sowohl bisherige als auch zusätzliche Aufgaben im Bereich des Bevölkerungsschutzes erfüllen. Der rheinland-pfälzische Landtag hat die Errichtung des Landesamtes am 11. Juli 2024 beschlossen, und es wird bereits zum Jahreswechsel, am 1. Januar 2025, an den Start gehen.

Stärkung der kommunalen Katastrophenschutz-Strukturen

Neben den Anpassungen auf Landesebene sollen auch die kommunalen Katastrophenschutz-Strukturen weiter gestärkt werden. Hierfür hat das Land unter anderem über ein Sonderförderprogramm gezielt geländegängige und wasserdurchfahrtsfähige Einsatzfahrzeuge bezuschusst, die für Waldbrände und Flutereignisse benötigt werden. Insgesamt 35 Einsatzmittel zur Bekämpfung von Wald- und Vegetationsbränden oder Starkregenereignissen konnten so gefördert werden. Zudem hat das Land den Kommunen acht Tanklöschfahrzeuge (TLF 3000) zur Verfügung gestellt, die besonders gut geeignet für Einsätze in unwegsamem Gelände sind.

Die Landesregierung unterstützt die Bildung von Katastrophenschutzzentren auf kommunaler Ebene und die Besetzung von Brand- und Katastrophenschutzinspektoren mit hauptamtlichen Feuerwehrbeamten. Dies trägt den gestiegenen Anforderungen Rechnung und fördert die effektive Gefahrenabwehr vor Ort. Das Zwei-Stabs-Modell unter Leitung des kommunalen Hauptverwaltungsbeamten (Landrat bzw. Oberbürgermeister) wird künftig vorgeschrieben sein, um eine klare und effektive Einsatzleitung sicherzustellen.

Das neue Landesbrand- und Katastrophenschutzgesetz sieht zudem die Einführung von Begrifflichkeiten wie „Großschadensereignis“ und „Katastrophenfall“ vor, um die Einsatzleitungen klar zu definieren. In diesem Zusammenhang wird auch eine Pflicht für Verbandsgemeinden und Landkreise eingeführt, regelmäßige Bedarfs- und Entwicklungspläne aufzustellen, die für die Leistungsfähigkeit der Gefahrenabwehr von großer Bedeutung sind.

Investition in eine sichere Zukunft

Obwohl der Prozess der Neuaufstellung noch lange nicht abgeschlossen ist, geht es bereits kräftig voran. Die dargestellten Neuerungen zeigen, dass bereits große Schritte auf dem Weg zu resilienteren Strukturen gegangen wurden. Ebenso große Schritte liegen noch vor uns.

Ich bin überzeugt: Investitionen in den Katastrophenschutz sind Investitionen in die Zukunft. Sie stärken die Sicherheit der Menschen und damit das Vertrauen in staatliches Handeln insgesamt. In Rheinland-Pfalz werden wir diesen Weg deshalb entschlossen fortsetzen.



Michael Ebling,
Minister des
Innern und für Sport
Rheinland-Pfalz

Übungsszenario: Land unter in der VG Rheinauen

Die Verbandsgemeinde Rheinauen besteht aus den Ortsgemeinden Altrip, Neuhofen, Otterstadt und Waldsee mit insgesamt rund 24.500 Einwohnern und einer Fläche von etwa 50 Quadratkilometern. Sie liegt im Rhein-Pfalz-Kreis entlang des Rheins zwischen den Städten Speyer und Ludwigshafen. Das größte hochwasserbedingte Gefährdungspotenzial besteht in Altrip. Die Ortsgemeinde liegt in einem Rheinbogen, durch den Rheinhauptdeich geschützt teilweise nur 100 Meter vom Fluss entfernt. Bei einer Überflutung wären alle 7.800 Einwohnende betroffen.

Insgesamt befinden sich in der Verbandsgemeinde rund 14 Kilometer Rheinhauptdeich, der bei Altrip den Strom sowie bei Otterstadt und Waldsee den Angelhofer und den Otterstädter Altrhein flankiert. Eine weitere Herausforderung sind zahlreiche Camping- und Wassersportanlagen, die größtenteils wasserseitig vor dem Deich liegen. Zusätzlich liegt in der Einsatzverantwortung der Feuerwehr Otterstadt die Kollerinsel, eine von Rhein und Altrhein umschlossene Halbinsel, die zur Gemeinde Brühl und somit zu Baden-Württemberg gehört. Dort gibt es auf zwei Warften einen Reiterhof und einen Wochenend- und Campingplatz für zirka 600 Personen. Die Halbinsel wird im Hochwasserfall vollständig von Wasser umschlossen und wurde vor mehreren Jahren als gesteuerter Polder ausgebaut.

Die Feuerwehr der Verbandsgemeinde Rheinauen besteht aus vier Teileinheiten (aus jeder Ortschaft), mit zirka 160 aktiven Mitgliedern, drei Jugendfeuerwehren, Alterskameradschaften, 23 Fahrzeugen und sieben Booten. Für die Alarm- und Einsatzplanung (AEP) gibt es einen umfassenden „Alarm- und Einsatzplan Hochwasser Rhein“, in dem unter anderem Alarmierungsketten, Vorgehensweisen und Ansprechpartner für den Notfall hinterlegt sind. Der Deich wird im Hochwasserfall durch ausgebildete Deichläufer aus örtlichen Bauhöfen und Feuerwehr überwacht und verteidigt. Die Koordination erfolgt durch die Führung der Feuerwehr.

Die Übung und ihre strategischen und operativen Ziele

In der VG Rheinauen wurde unter Beteiligung von Feuerwehr, THW, DLRG und Schnelleinsatzgruppen (SEG) mit der SGD Süd, dem Verwaltungsstab der Verbandsgemein-

de sowie dem Krisenstab des Rhein-Pfalz-Kreises (Untere Katastrophenschutzbehörde) eine Katastrophenschutzübung „Extremhochwasser“ durchgeführt. Dabei wurde von einem extremen Hochwasser-Szenario (größer HQ100) mit einem prognostizierten Rhein-Pegel von bis zu 9,40 Meter ausgegangen. Bei der Übung wurden mehrere Abschnitte bespielt: Deichkontrolle, Sandsackfüllplatz, Sandsacklogistik, Deicherhöhung (Verbau der Sandsäcke) und die nachgestellte Evakuierung einer Pflegeeinrichtung. Dazu kamen individuell eingespielte lagebedingte begleitende Einsätze.

Ziel war es, sowohl den „Alarm- und Einsatzplan Hochwasser“ als auch das neu erstellte Sandsackfüll- und Logistikkonzept der VG Rheinauen zu testen und auf Optimierungspotenzial zu prüfen. Gleichzeitig sollten Erkenntnisse über den erforderlichen personellen, technischen und zeitlichen Aufwand gewonnen werden. Derlei Übungen bieten auch die Möglichkeit, das koordinierte Zusammenwirken mehrerer Hilfsorganisationen wie Feuerwehr, THW, DRLG und SEG zu trainieren.

Außerdem sollten bei der Übung – in dieser Konstellation erstmalig – vier Führungsorgane zusammenarbeiten. Der Krisenstab, zusammengesetzt aus Mitarbeitenden der Kreisverwaltung unter Leitung des Landrats, und der Verwaltungsstab, gebildet aus Mitarbeitenden der Verbandsgemeindeverwaltung unter Leitung des Bürgermeisters, bildeten die beiden administrativen/organisatorischen Führungseinheiten. Die „Technische Einsatzleitung“ (TEL), in ihren Stabsfunktionen besetzt aus ehrenamtlichen Feuerwehrangehörigen aus dem Rhein-Pfalz-Kreis unter Leitung des Brand- und Katastrophenschutzinspektors (BKI), sowie die Führungsstaffel der Feuer-

wehr VG Rheinauen. Diese wurde bei der Übung vom Altripper Wehrführer geleitet, da der Wehrleiter und sein Stellvertreter als Übungsleiter agierten. Somit galt es auch, die vorhandenen Kommunikations- und Informationsschnittstellen sowie vorgegebene Entscheidungswege „unter Last“ zu prüfen.

Die Übungsplanung: Was es zu beachten gilt

Die Planung der Hochwasserübung erstreckte sich über mehrere Monate und wurde im Wesentlichen vom Wehrleiter der VG Rheinauen erledigt. Dabei zeigte sich, dass die Umsetzung der oben angesprochenen Ziele, insbesondere die Ermittlung möglichst realistischer Lagedaten, nicht nur eine zeitliche Herausforderung war. Die Vorbereitung erfolgte in enger Abstimmung mit der SGD Süd Deichmeisterei Speyer. Die zuständigen Mitarbeiter lieferten im Vorfeld wertvolle Daten, die als Grundlage für ein realitätsnahes Szenario dienten. Zudem waren sie im Übungsverlauf beratend in die Stabsarbeit, die Einsatzleitung und die Maßnahmen am Deich eingebunden. Zur Vorbereitung der Übung gab es mehrere Besprechungen auf Kreis- und kommunaler Ebene mit Landrat, Bürgermeister, Vertretern aus beiden Verwaltungen, BKI und Wehrleitung. Dabei wurden, neben allgemeinen organisatorischen Themen und der Pressearbeit, im Wesentlichen Zuständigkeiten und Kostenübernahmen geklärt. Dank der ehrenamtlichen Planung und der Durchführung mit überwiegend ehrenamtlichen Kräften hielten sich die Kosten in sehr überschaubarem Rahmen. Im Wesentlichen fielen nur Kosten für Kraftstoffe, Verpflegung und 5.000 Sandsäcke an.

Nach der Entscheidung zum grundsätzlichen Szenario der Übung erfolgte die Feinplanung. Zuerst wurde die tatsächliche Überströmungshöhe im beübten Deichabschnitt und daraus abgeleitet der Scheitelwert des Hochwassers für die Übung ermittelt. Es musste eine – auch im zeitlichen Verlauf – realistische Hochwasserwelle im Bereich Maxau bis Mannheim abgebildet werden.

Unter Berücksichtigung der konstruierten Hochwasserwelle konnte die zeitliche und örtliche Lageentwicklung für die einzelnen Übungsabschnitte beziehungsweise Einsatzstellen geplant und kartiert werden.

Ebenso wurden Logistik- und Evakuierungsrouten geplant. Für die Deichläufer wurden Schilder vorbereitet, die während der Übung die Entwicklung der Pegel und – verteilt am gesamten Deich innerhalb der VG – beobachtbare Ereignisse wie Quellen, Veränderungen der Sickerlinie und Häufung von Treibgut darstellten.

Weil es bei jedem Hochwasser zu Einsätzen kommt, die in den meisten Fällen durch Personen verursacht werden, die Verhaltens- oder Warnhinweise missachten, wurden auch solche Notlagen eingespielt. Es kann sich um Menschenrettung, Bergung von Fahrzeugen im Wasser oder die Eindämmung und Beseitigung von Ölverschmutzungen handeln. Diese am Übungstag zusätzlich flexibel eingespielten Szenarien dienten auch dazu, alle Kräfte angemessen einzubinden.

Die (Übungs-)Lage

Aufgrund besonderer Wetterlage wurden schnell ansteigende Pegel im Bereich Speyer – Mannheim von bis zu 9,40 Meter prognostiziert. Somit drohte eine Überspülung des Deiches im Bereich vor Altrip. Eine Überspülung führt mit hoher Wahrscheinlichkeit zum Versagen des Schutzbauwerks. **Die Folgen wären erstes Eindringen des Wassers in die Ortslage Altrip nach zirka 30 Minuten mit anschließender Überflutung des gesamten Orts innerhalb von 48 Stunden.** Dabei entstehen Einstauhöhen von bis zu vier Metern. **Das verbleibende Zeitfenster für eine Evakuierung der rund 7.800 Bewohner über die beiden vorhandenen Zufahrtsstraßen beträgt weniger als 12 Stunden. Danach sind auch diese Straßen überflutet.** Bei einem länger anstehenden hohen Scheitelwert des Rheins würden auch Ortsteile der Gemeinden Neuhofen, Waldsee und Rheingönheim innerhalb von drei bis vier Tagen überflutet werden.

Führungs- und Stabsarbeit

Im administrativ/organisatorischen Bereich arbeitete der Verwaltungstab der Verbandsgemeinde Anfragen/Aufgaben auf kommunaler Ebene bis Alarmstufe 3 ab. Der Krisenstab der Kreisverwaltung übernahm die ihm gemäß LBKG (Landesgesetz über den Brandschutz, die allgemeine Hilfe und den Katastrophenschutz) zugeordneten Aufgaben ab Alarmstufe 4. Für den Verwal-

tungsstab waren das die Klärung von Fragen zur Anzahl gefährdeter/betroffener Haushalte/Personen und kritischer Infrastruktur, die Identifikation vulnerabler Bevölkerungsgruppen und Maßnahmen zu deren Schutz, die Zusammenarbeit mit der operativ/taktischen Einsatzleitung sowie die Abstimmung von Bevölkerungswarnung und der Medienarbeit mit der Einsatzleitung und dem Krisenstab. Darüber hinaus waren auch ordnungsrechtliche Fragen zu klären.

Der Krisenstab arbeitet kreisweit in Zusammenarbeit mit der „Technischen Einsatzleitung“ an übergeordneten Aufgaben wie der Evakuierung und Unterbringung von Betroffenen. Er unterstützt alle Gemeinden des Kreises und übernimmt auch Klärungen mit Landesbehörden.

Die operativ/taktische Leitung gliederte sich ebenso – für alle Aufgaben, die den Alarmstufen 1 bis 3 zugeordnet werden – in die kommunale Einsatzleitung der Feuerwehr (Abschnittsleitung „AL Rheinauen“) und für Aufgaben ab Alarmstufe 4 die Einsatzleitung des Brand- und Katastrophenschutzes auf Kreisebene („Technische Einsatzleitung“ TEL RPK). Die AL Rheinauen war verantwortlich für die Deichkontrolle, Bewertung von Schäden und Abstimmung erforderlicher Maßnahmen mit der Deichmeisterei bzw. Fachberatern, Erstellung von Einsatzaufträgen sowie die Anforderung und Koordination der erforderlichen Kräfte. Weiterhin oblag ihr die Verantwortung für den sogenannten Grundschutz und alle weiteren anfallenden Einsätze in der Verbandsgemeinde. Dazu disponierte und führte sie eigene und durch die TEL über einen Bereitstellungsraum zugeordnete Kräfte aller Hilfsorganisationen.

Die TEL RPK erhielt einsatzbedingte Material- und Personal-Anforderungen aus allen betroffenen Kreisgemeinden und koordinierte die Nachführung und Verteilung der verfügbaren Ressourcen aus Kreis und Land. Sie steht ab Stufe 3 den örtlichen Abschnittsleitungen – bei Bedarf – unterstützend zur Seite. Alle Einsätze ab Stufe 4 werden durch sie koordiniert und geleitet.

Wesentliche Stationen Deichkontrolle

Koordiniert durch die Abschnittsleitung VG Rheinauen erfolgte die Kontrolle des gesamten Deichabschnittes der VG gemäß den Vorgaben des



Die Station „Sandsackfüllplatz“

Foto: Freiwillige Feuerwehr Otterstadt



Station „Deicherhöhung“: Einweisung der Hilfskräfte durch Deichmeisterei und Fachberatung THW

Foto: Freiwillige Feuerwehr Otterstadt

AEP Hochwasser durch Deichläufer. Sie beobachten Veränderungen am Deich, kontrollieren diesen bezüglich Schäden, lesen die örtlichen Pegel ab und erstatten Meldung an die örtliche Feuerwehreinsetzungszentrale (FEZ). Diese dokumentiert alle Meldungen und gibt wichtige Informationen zur Bewertung und Maßnahmenbildung an die Abschnittsleitung VG bzw. die Führungsstaffel weiter.

Deichverteidigung

Schäden am Deich werden – in Abstimmung mit der Deichmeisterei – durch Kräfte der Feuerwehr eingedämmt oder behoben. In der Übung wurden zwei relevante Schadstellen vorgegeben, die aktive Maßnahmen erforderten.

Sandsackfüllplatz

Das entwickelte Sandsackfüll- und Logistikkonzept sieht vor, dass die Abfüllung der Sandsäcke an einer Kies- oder Sandförderstelle erfolgt. Hierzu wurden mit den jeweiligen Firmen

Abreden getroffen. Für die Übung wurde das Kieswerk in Waldsee genutzt. Der Füllplatz stellt nach bestehendem Konzept einen eigenständigen Unterabschnitt dar. Dort können – nach einer Nutzungs- und Sicherheitsunterweisung – auch zivile Kräfte (Spontanhelfer) eingesetzt werden.

Sandsacklogistik

Der Transport vom Füllplatz zum Deich wurde ebenfalls als eigener Unterabschnitt geführt. Im Rahmen der Übung wurden ausschließlich Logistikfahrzeuge von Feuerwehr und THW genutzt.

Deicherhöhung

Auch hier kam eine eigene Unterabschnittsleitung zum Einsatz. Die Deicherhöhung erfolgte mit beratender Unterstützung von Mitarbeitern der SGD Süd Deichmeisterei Speyer und Fachberatern des THW. Der Verbau wurde vom Personal eines weiteren Löschhilfzuges aus dem Rhein-Pfalz-Kreis durchgeführt.

Evakuierung Pflegeeinrichtung

Aus Rücksicht auf die Menschen der eigentlichen Einrichtung erfolgte die Evakuierung mit Statisten und aus einem Schulgebäude. Um Realitätsnähe zu gewährleisten, war die Leiterin mit Personal des Altriper Pflegeheims anwesend. Die Statisten wurden in alle Mobilitätskategorien (liegend, sitzend im Rollstuhl sowie eingeschränkt gehfähig mit Rollator) verteilt.

Bereitstellungsraum

Im Bereitstellungsraum wurden alle extern nachrückenden Kräfte gesammelt und nach Anforderung den jeweiligen Einsatzstellen zugeführt. Auch er bildete einen eigenen Unterabschnitt mit einer Führungseinheit.

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Interessierte Bürgerinnen und Bürger, Mitglieder der politischen Gremien und auch die Presse sollten die Möglichkeit haben, sich über die Übung zu informieren oder sie live zu beobachten.

Daher erfolgte eine Vorberichterstattung in Amtsblatt und Tageszeitung. Für den Übungsverlauf wurde ein Presse- und Medienteam sowie eine Besucherbetreuung inklusive Transportmittel für den Transfer zwischen den Übungsschauplätzen, bereitgestellt. Im Nachgang wurde in der Tagespresse über Verlauf und Ergebnisse berichtet.

Ablauf der Übung

Am Vortag der Übung (Freitag) befand sich die Feuerwehr der VG bereits im simulierten Hochwasserdienst mit Pegelbeobachtung, Deichkontrolle und Umsetzung begleitender Maßnahmen. Auf Grund der zu erwartenden Pegelstände wurde der Bürgermeister informiert, der wiederum den Verwaltungsstab der VG Rheinauen aktivierte. Dieser nahm zum Mittag seine Arbeit auf. Es erfolgte eine Lageeinweisung des Stabes durch den Wehrleiter. Die eingespielten Pegelprognosen wurden in Zusammenarbeit mit der SGD Süd Deichmeisterei ausgewertet und mögliche Folgen analysiert. Es wurde beschlossen, die mögliche Überspülung des Deiches in einem Teilbereich von zirka einem Kilometer Länge durch eine Deicherhöhung mit Sandsäcken zu verhindern. Des Weiteren wurden die Folgen eines Deichversagens analysiert. Auf Grund der Ergebnisse

wurden BKI und Landrat über die Lage informiert und das weitere Vorgehen abgestimmt. Die örtliche Einsatzleitung ermittelte den Bedarf an Einsatzkräften, Gerät und Material von FW, SEG, DLRG und THW und übermittelte diese an die Technische Einsatzleitung. Diese generierte die Marschbefehle für die erforderlichen Hilfsorganisationen und Einsatzkräfte. Die Alarmierung erfolgte zum nächsten Morgen in den Bereitstellungsraum. Danach pausierte die Arbeit aller bis dahin beteiligten Stabs- und Feuerwehrkräfte bis zum nächsten Morgen.

Am Samstagmorgen nahmen die Stäbe sowie die Führungseinheiten ab zirka 8 Uhr ihre Arbeit wieder auf. Parallel rückten die nachalarmierten Kräfte zum Bereitstellungsraum an. Die Übung der operativen Kräfte begann ab 9 Uhr mit Abruf der externen Kräfte aus dem Bereitstellungsraum. Sie wurden an den oben aufgeführten Stationen tätig. Angepasst auf das verfügbare Personal im Bereitstellungsraum wurden weitere Einsätze eingespielt. Die Verpflegung erfolgte im Übungsverlauf durch die SEG „Versorgung“ über den Bereitstellungsraum. Dieser war auch Zielpunkt für die evakuierten Menschen, die dort von der SEG „Betreuung“ empfangen und versorgt wurden.

Die Übung endete am Nachmittag mit kurzen Nachbesprechungen in den beiden Stäben und mit den operativen Kräften.

Beobachtungen und Erkenntnisse

Die Übung zeigte, dass Verbesserungen bei der Übergabe der Einsatzleitung von kommunaler Ebene auf Kreisebene erforderlich sind. Beide Gremien hatten zwischenzeit-

Abgeleitete Maßnahmen

Für die VG Rheinauen wurden folgende Maßnahmen beschlossen:

- Weitere Qualifizierungs- und Übungsveranstaltungen für den Verwaltungsstab der VG Rheinauen.
- Erweiterung der technischen Ausstattung der beiden VG-Führungsorgane im Bereich EDV und Kommunikation.
- Klärung und Definition der Schnittstellen mit dem Krisenstab der KV RPK.
- Einzelne Anpassungen im AEP-Hochwasser der VG Rheinauen.
- Ergänzung des AEP-Hochwassers der VG Rheinauen mit den zusätzlichen Handlungsbereichen „Nicht ertüchtigte Deichabschnitte“ & „Riegeldeiche“.
- Gründung einer „Wasserwehr“ zur festen Integration weiterer Hilfsorganisationen und ziviler Kräfte in den HW-Schutz der VG.

Zusätzlich wurde für die Feuerwehren Rhein-Pfalz-Kreis aus den Wehrleitungen der Rheinanlieger eine Arbeitsgruppe „Hochwasser“ auf Kreisebene gebildet. Diese erarbeitete ein Schulungskonzept für die „flussfernen“ FW-Kräfte sowie einen Vorschlag für die technische Hochwasser-Schutzausstattung auf Kreisebene gem. §5 der Feuerwehrverordnung RLP.

lich ein unterschiedliches Lagebild entwickelt. Es bedarf daher klarer Regelungen und Abläufe bezüglich Lageeinweisung, Kommunikation und Informationsfluss. Das ist auch deswegen wichtig, weil zusätzlich eingespielte Einsätze mit zu großem Zeitverzug bearbeitet wurden, da der zielgerichtete Abruf von Kräften aus dem Bereitstellungsraum zu lange dauerte.

Auch im Bereich der Krisenkommunikation zeigte sich Handlungsbedarf. Sie erfordert vorbereitete Standards, definierte Zuständigkeiten und Schnittstellen, um erhöhten Zeitaufwand für notwendige Abstimmungen zu vermeiden.

Im operativen Bereich wurde der Ansatz bestätigt, dass insbesondere bei Flächenlagen die Koordination zugeführter externer Einheiten durch die kommunale Führung (hier Abschnittsleitung VG) erfolgen muss. Um „externe“ Kräfte effizient und schnell einzusetzen, erfordert es bei diesen zumindest Grundkenntnisse im Bereich Hochwasser und Deichschutz. Ebenso zeigte sich,

dass die regional vorhandenen/verfügbaren technischen Ressourcen für derartige Lagen nicht ausreichen.

Fazit

Final betrachtet war die Übung erfolgreich. Die Kommunikation und Abstimmung zwischen dem Verwaltungsstab der VG und der Führungsstaffel der VG-Feuerwehr lief trotz erstmaliger Zusammenarbeit gut. Auch wenn die Bereiche Sandsackfüllplatz, -logistik und Deicherhöhung nicht unter Volllast liefen, hat die Übung gezeigt, dass das entwickelte Konzept zum Sandsackmanagement funktioniert. Zudem generierte sie viele hilfreiche Erkenntnisse für die weitere Optimierung von Abläufen und Schnittstellen bei der Führungs- und Stabsarbeit, die Einsatzplanung sowie die grundsätzliche Vorbereitung auf Hochwasserlagen. Viele der oben angeführten Maßnahmen sind inzwischen umgesetzt.

Zudem hat sich der große Planungsaufwand nicht nur für die Übung gelohnt. Die intensive Auseinandersetzung mit historischen und aktuellen Hochwasserdaten und Gegebenheiten am Deich brachte auch weitere Erkenntnisse für die Alarm- und Einsatzplanung sowie die Ausbildung von Führungskräften und Deichläufern. Für Rückfragen: wehrleiter@feuerwehr-vg-rheinauen.de



Übungsbesucher an der Station „Deicherhöhung“

Foto: Freiwillige Feuerwehr Otterstadt



Michael Jaspers,
Wehrleiter Freiwillige
Feuerwehr Verbandsgemeinde Rheinauen

Wo der Katastrophenschutz im Landkreis zuhause ist

Der Landkreis Bernkastel-Wittlich investiert mit dem Bau eines Katastrophenschutzentrums in die Zukunft. Auch aktuell ist man mit einer Übergangslösung schon sehr gut aufgestellt. Nicht zuletzt die durch das Sturmtief Bernd im Juli 2021 ausgelöste Flutkatastrophe hat gezeigt, vor welchen Herausforderungen der Katastrophenschutz in den nächsten Jahren steht. Im Landkreis Bernkastel-Wittlich ist man sich dieser Verantwortung bewusst und investiert stetig in den Ausbau der Strukturen.

Als einer der ersten Landkreise in Rheinland-Pfalz hat man die Funktion des Brand- und Katastrophenschutzinspektors ins Hauptamt überführt und die Katastrophenschutzdienststelle als Stabsstelle des Landrates eingerichtet. Wesentlicher Bestandteil der Definition einer Katastrophe ist, dass diese nur unter einer einheitlichen Führung bewältigt werden kann. Hierbei spielt eine Führungseinrichtung mit entsprechender Infrastruktur eine wichtige Rolle.

Ausgangslage und zukünftige Planung für die Unterbringung des Katastrophenschutzes

Bis zum Jahr 2021 nutzte der operativ-taktische Stab hierzu Räume in der Gemeinde Maring-Noviant der Verbandsgemeinde Bernkastel-Kues. Die Ausstattung des Stabsraumes musste bei jedem Einsatz aufgebaut werden, was den entsprechenden Vorlauf bis zur Aufnahme der Stabs-tätigkeit verlängerte. Als diese Räume wegen Eigennutzung der Gemeinden aufgegeben werden mussten, wurde die Idee des Neubaus eines Katastrophenschutzentrums entwickelt. Nach einer Planungsphase mit Grundstückssuche und den nötigen politischen Beschlüssen ist dieses Projekt auf dem Weg. Auf einem kreiseigenen Grundstück räumlicher Nähe zur Kreisverwaltung soll das neue Katastrophenschutzzentrum bis Ende 2027 Realität werden und folgende Komponenten umfassen:

- Büroräume der Stabsstelle Brand- und Katastrophenschutz
- Stabsräume im Stabszellenmodell für den operativ-taktischen und den Verwaltungsstab
- Eine Fahrzeughalle für die Katastrophenschutzfahrzeuge
- Ein Katastrophenschutzlager für die zentral vorgehaltene Ausstattung und Materialien des Katastrophenschutzes
- Eine zentrale Atemschutz- und Gefahrstoffausrüstungswerkstatt des Landkreises
- Eine Atemschutzübungsstrecke und Schulungseinrichtungen für die Kreisausbildung

Alles in allem ein für Rheinland-Pfalz bisher einmaliges Projekt nach dem Muster der Bundesländer Niedersachsen und Schleswig-Holstein. Auch wenn die Katastrophenschutz-züge und weitere Einheiten des Landkreises weiterhin disloziert bei den Feuerwehren und Hilfsorganisationen aufgestellt werden, entsteht hier ein zentraler Standort der Führungs- und Dienstleistungsstruktur des Katastrophenschutzes.

Aktuelles Katastrophenschutz-zentrum als Übergangslösung

Allen Verantwortlichen und politischen Gremien im Landkreis war klar, dass nach der Aufgabe der bisherigen Stabsräume eine Übergangslösung bis zur Fertigstellung des neuen Katastrophenschutz-zentrums gefunden werden musste. Hierzu konnten nach kurzer Suche das ehemalige Verwaltungsgebäude eines Baustoffhandels und die nebenliegende Halle angemietet werden. Teile der Liegenschaft wurden vom Landkreis schon als Impfzentrum genutzt. Erste Pläne, diese Liegenschaft umzubauen und dauerhaft als Katastrophenschutz-zentrum zu nutzen, wurden aus verschiedenen Gründen zugunsten eines Neubaus „auf der grünen Wiese“ verworfen. Für die Übergangszeit stellt aber auch die Interimslösung sehr gute Arbeitsbedingungen für die Stabsarbeit zur Verfügung.

Räume und Ausstattung des aktuellen Katastrophenschutz-zentrums Bernkastel-Wittlich

Aktuell stehen dem Katastrophenschutz folgende Räumlichkeiten zur Verfügung:

- Ein Stabsraum für den operativ-taktischen Stab mit fester Ausstattung
- Ein weiterer Stabsraum für den Verwaltungsstab. Dieser wird auch multifunktional als Schulungsraum genutzt.
- Zwei Großbüros für die Fachberater und die Verbindungspersonen
- Ein Büro für die Leitung und den inneren Dienst
- Ein Büro für das Sachgebiet Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
- Eine Informations- und Kommunikationszentrale mit separatem Raum für Drucker und Technik
- Eine Teeküche mit kleinem Lager
- Sanitäre Anlagen und Hauswirtschaftsraum
- Eine große Fahrzeughalle mit zentralem Katastrophenschutzlager
- Materiallager im Untergeschoss der Stabsräume

Des Weiteren steht eine große Hof-fläche in einem komplett umzäunten Gelände zur Verfügung. Als Besonderheit ist zu erwähnen, dass der Kreisfeuerwehrverband und der Kreisjugendfeuerwehrverband das Büro des Sachgebietes Presse- und Medienarbeit außerhalb von Übungen und Einsätzen für ihre Zwecke nutzt.



Der Stabsraum ist multifunktional ausgestattet.

Außerdem ist die komplette Ausstattung beider Verbände im Materiallager untergebracht.

Stabsraum des operativ-taktischen Stabes

Der Stabsraum ist multifunktional ausgestattet. Die Telefonanlage bietet die Möglichkeit, 999 Rufnummern zu schalten, theoretisch könnte hier auch ein Callcenter zur Krisenkommunikation betrieben werden. Die IT wird zentral über die Kreisverwaltung administriert, ein Redundanzserver steht im Katastrophenschutzzentrum. Die Lagerdarstellung

wird in getakteten Zeitabständen über eine Deckenkamera dokumentiert. Für jeden Arbeitsplatz stehen Headsets, ein separater LAN-Zugang, Steckdosen und Ladebuchsen für Mobilgeräte zur Verfügung. Das Foto auf Seite 363 zeigt den Stabsraum aus der Perspektive des Sichters.

Die Arbeitsplätze sind nicht festen Sachgebietsfunktionen zugeteilt, sondern können je nach Erfordernis der Lage individuell besetzt werden. Damit wird den unterschiedlichen Kommunikationswegen lage-spezifisch Rechnung getragen.

Stabsraum des Verwaltungsstabes und Funktionsräume des Katastrophenschutzzentrums

Der Stabsraum des Verwaltungsstabes ist im Einsatzfall mit Notebooks und DECT-Telefonen ausgestattet. Die Lage kann zentral vom Sachgebiet 2 (Lage) auf alle Smartboards und Fernseher in den Räumen übertragen werden. Das Büro der Fachberater, Bild mitte, verfügt zudem über eine eigene kleine Küchenzeile und einen angegliederten Besprechungsraum für acht Personen.

Fahrzeughalle und Katastrophenschutzlager

Ein Blick ins Katastrophenschutzlager und die Fahrzeughalle: Hier werden zentrale Ausstattungen wie Feldbetten, Patientendecken, Notfalltankstellen, Stromerzeuger und mobile Warnanlagen zur Bevölkerungswarnung gelagert. Des Weiteren finden hier die Führungsfahrzeuge und selbst eine Waldbrandraupe ihren Platz.

Ausgetretene Pfade verlassen und neue Wege in die Zukunft beschreiten

Die Zeiten von Stabseinrichtungen in Kellerräumen, oftmals als notwendiges Übel betrachtet, gehören sicher der Vergangenheit an. Der Katastrophenschutz eines Landkreises braucht einen sicheren Anker zur Gewährleistung der Gefahrenabwehr. Der Landkreis Bernkastel-Wittlich beschreitet hier mit dem Bau eines umfassenden Gefahrenabwehrzentrums neue Wege für das Bundesland Rheinland-Pfalz. Aber auch aktuell bietet die angemietete Übergangslösung ein breites Spektrum und hat sich innerhalb kürzester Zeit als Anlaufpunkt aller Organisationen im Katastrophenschutz im Landkreis etabliert. Positive Erfahrungen aus den ersten abgearbeiteten Lagen in dieser Struktur bestärken alle Verantwortlichen, den neuen Weg weiter zu beschreiten.



Das Büro der Fachberater



Ein Blick ins Katastrophenschutzlager und die Fahrzeughalle



Jörg Teusch,
Brand- und Katastrophenschutzinspekteur,
Kreisverwaltung
Bernkastel-Wittlich